

Frage 29: Auftragsvergabe: Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass kommunale Aufträge der Stadt ausschließlich an Unternehmen vergeben werden, die tarifliche Löhne zahlen?

Neugestaltung der Fußgängerzone
DIE STADT HAMELN BAUT FÜR SIE

Bauherr: Stadt Hameln
weiterer Auftraggeber: GWS Stadtwerke Hameln

Tel. 05151-2023333
Tel. 05151-7880

Planung und Bauleitung: Anke Deeken Büro für Architektur Stadt- und Freiraumplanung Lichtplanung
Osterdeich 131, 26205 Bremen
Tel. 0421-444025

Fachplanung Elektro: Planungsbüro Hinz
Hummenstr. 22, 31785 Hameln
Tel. 05151-7222

Statiker/SiGeKo: Ingenieurbüro Beye
Kopmanshof 69, 31785 Hameln
Tel. 05151-95250

Straßen- u. Tiefbau: Kögel Bau GmbH & Co.KG
Hintern Schloß 14, 32549 Bad Oeynhausen
Tel. 05731-75610

Elektroinstallation: Elektroma GmbH
Reimerdeskamp 51, 31787 Hameln
Tel. 05151-40140

- Bauzeit 1. Bauabschnitt "Pferdemarkt" April 2010 - September 2011

Investition in Ihre Zukunft

Dieses Projekt wird mit Mitteln...

Frage 29: Auftragsvergabe: Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass kommunale Aufträge der Stadt ausschließlich an Unternehmen vergeben werden, die tarifliche Löhne zahlen?

Ja:

CDU, Dies ist selbstverständlich auch Gesetzeslage.

✓ **B90/Grüne**

SPD, Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die rechtlichen Möglichkeiten für die Sicherung lokaler und tariflich bezahlter Arbeitsplätze auszuschöpfen. Aus diesem Grund werden wir auf Ausschreibungen städtischer Aufträge an Generalunternehmer verzichten.

FDP, Es gibt gesetzliche Regelungen. Aber wir sind nicht in der Lage, Tariflöhne zu kontrollieren.

Die LINKE, *Wir haben im Kreistag einen Antrag diesbezüglich eingebracht, der auf die Einhaltung von Tariflöhnen bei Aufträgen durch die Öffentliche Hand pocht. Wir möchten in dem Zusammenhang auch einen Grundsatzbeschluss erwirken, der die Ausschreibung von Bauprojekten wie z.B. das Schulzentrum Nord, durch Generalunternehmen unterbindet. Die heimischen Unternehmen würden von so einem Beschluss profitieren.*

Ebenfalls abzulehnen ist der Einsatz von Leiharbeitern durch die Öffentliche Hand

✓ **Piraten**

UFB, Darüber muss man nicht diskutieren

✓ **DU**

Nein:
niemand

**Kein
Kreuz**
•FrWi

Frage 30: Privatisierungen: Schließen Sie für Ihre Partei die Privatisierung öffentlicher Leistungen (z.B. Verkauf der Stadtwerke Hameln oder Waldflächen des Stadtforstes) aus?

Dienstleistungen für die Bürger
**STADTWERKE
HAMELN**

Dieser Wald ist anders:
nachhaltig bewirtschaftet und zertifiziert.



www.pefc.de



PEFC™

PEFC/0421041/025300000354

Ein Glück für unseren Wald

Fragen Sie nach Holz mit diesem Siegel.

Frage 30: Privatisierungen: Schließen Sie für Ihre Partei die Privatisierung öffentlicher Leistungen (z.B. Verkauf der Stadtwerke Hameln oder Waldflächen des Stadtförstes) aus?

Ja:

✓ B90/Grüne

✓ SPD

Die LINKE, *Wir sind gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums und wir sind gegen die Ausgliederung, Outsourcing von Tätigkeiten aus der öffentlichen Hand. Die Folgen für die Beschäftigten dabei sind immer gleich: Mittelfristig geringere Entlohnung, keine Tarifbindung, unsichere Beschäftigungsbedingungen.*

✓ Piraten

UFB, Denn man kann nur einmal verkaufen, dann ist man Arm!

✓ FrWi

DU, Was Geld in die Kasse bringt, verkauft man nicht. Wenn doch, müssen Einflussnahmemöglichkeiten der Stadt erhalten bleiben.

Nein:

FDP, wenn Private besser sind.... Aber der Verkauf der Stadtwerke oder des Stadtwaldes schließen wir ausdrücklich aus.

Kein Kreuz

CDU, Im Einzelfall können Privatisierungen sinnvoll sein (z.B. Bäder). Ein Verkauf der Stadtwerke oder des Stadtförstes wird von uns kategorisch ausgeschlossen.

Frage 31: Kommunale Steuern: Wird Ihre Partei versuchen, die letzte Gewerbesteuererhöhung rückgängig zu machen, bzw. setzen Sie sich für eine Reduzierung der Gewerbesteuern ein?

Mit Steuererhöhungen gegen die Finanzmisere?

Verwaltung schlägt Anhebung der Hebesätze vor / Bei der Grundsteuer B spielt Hameln schon in der Oberliga

Hameln (ni). Die finanzielle Situation der Stadt Hameln ist desolat. Allein in diesem Jahr beträgt das Haushaltsdefizit rund 16,6 Millionen Euro, im Jahr davor waren es rund 20 Millionen – macht zusammen knapp 37 Millionen Euro, die über kommunale Dispositionen finanziert werden müssen. Um aus der Klemme zwischen zu hohen Ausgaben bei zu geringen Einnahmen rauszukommen und die Schere zwischen Soll und Haben nicht noch weiter zu öffnen, hat die Verwaltung jetzt vorgeschlagen, unter anderem auf Steuererhöhungen zu setzen. Die Politik zielt sich zwar ein bisschen, den Empfehlungen aus dem Rathaus eins zu eins zu folgen. Kategorisch Nein sagt sie aber auch nicht.

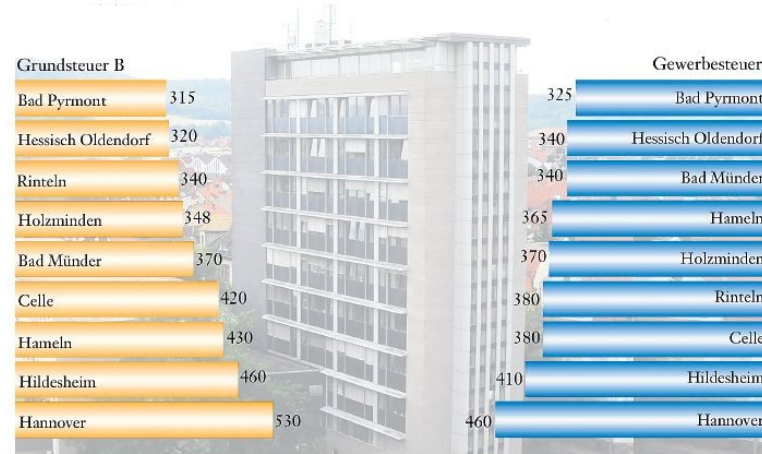
Der Bund der Steuerzahler Niedersachsen/Bremen hat kürzlich eine Untersuchung über die Hebesätze für die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Flächen) und B (bebaute und bebaubare Grundstücke) in den niedersächsischen Städten und Gemeinden vorgelegt. Danach liegt Hameln mit seinen zurzeit geltenden Hebesätzen im Vergleich aller Kommunen zwar weitgehend im Mittelfeld, aber schon jetzt leicht über dem Landesdurchschnitt. So beträgt zum Beispiel der durchschnittliche Gewerbesteuer-Hebesatz 352, in Hameln 365 Prozentpunkte. Damit gehört die Stadt weder zu der Minderheit von 6,4 Prozent der Städte und Gemeinden, die sich mit einem Hebesatz von bis zu 300 Prozentpunkten begnügen wie etwa Lingen im boomenden Ems-

land (295 Prozentpunkte), noch zählt sie zu dem noch kleineren Kreis der von Hannover (460) angeführten Spitzenreiter, die mit einem Hebesatz von über 400 Prozentpunkten zulangen.

Im vergangenen Jahr hat Hameln über die Gewerbesteuer rund 24 Millionen Euro eingenommen, in diesem Jahr werden die anvisierten 22,5 Millionen voraussichtlich nicht erreicht. Bereits im Dezember 2010 hat der Rat eine Anhebung des Satzes um zehn Prozentpunkte zum 1. Januar 2012 beschlossen. Weitere zehn Prozentpunkte wollte die Verwaltung ab 2014 draufsatteln, um von da an jährliche Mehreinnahmen in Höhe von rund 500 000 Euro verbuchen zu können. Diese zweite Erhöhung, von der Verwaltung als Maßnahme für das im Oktober verabschiedete Haushaltssicherungskonzept vorgeschlagen, hat die Politik nicht mitgetragen, sondern um ein Jahr auf 2015 rausgeschoben.

Während die Stadt bei der wenig ins Gewicht fallenden Grundsteuer A mit einem Hebesatz von 360 Prozentpunkten nur geringfügig vom Mittelwert (357) abweicht, spielt sie bei der Grundsteuer B schon in der Oberliga mit: Nur in 13,3 Prozent aller Kommunen liegt der Hebesatz über 400 Prozentpunkten – Hameln ist mit 430 dabei. Ginge es nach der Verwaltung, wären es schon nächstes Jahr 450 Prozentpunkte und damit Mehreinnahmen von jährlich 380 000 Euro. Die Politik hat gebremst und will eine Erhöhung um nur zehn Prozentpunkte – ab 2013.

Mit seinem Gewerbesteuer-Hebesatz von 365 Prozentpunkten liegt Hameln knapp über dem Landesdurchschnitt. Grafik: Dana



KOMMENTAR

Sparen – nicht kassieren!

VON FRANK WERNER

Nicht nur der Schuldenberg der Stadt ist hoch, die Belastungen der Bürger durch Steuern und Abgaben sind es auch. Noch weiter an der Steuerschraube zu drehen, kann deshalb nur das letzte aller Mittel sein. Anders herum: Solange nicht alles getan wird, um Kosten zu senken, verbietet es sich, die Bürger zu schröpfen.

In den Rathäusern indes ist die Kreativität beim Geld-

entreiben meist ausgeprägter als beim Sparen. Dabei schlummern im Haushalt noch enorme Potenziale, Ausgaben zu kürzen, ohne die Lebensqualität der Bürger zu beschneiden. Wer sich vom Besitzstandsdenken loslässt und „Interkommunale Zusammenarbeit“ ernst nimmt, kann den Etat ganz erheblich entlasten. Von



Rechnungs- bis Personalwesen, Schulträgerschaft bis Archiv, EDV-Betreuung bis Wirtschaftsförderung: Stadt und Landkreis könnten viele Aufgaben gemeinsam erledigen, statt auf engstem Raum nebeneinander oder gegeneinander zu arbeiten. Steuererhöhungen sind aber noch aus einem anderen Grund der falsche Weg. Ei-

ne Stadt wie Hameln vergibt damit die Chance, durch günstige Konditionen Werbung für den eigenen Standort zu betreiben. Die Hebesätze sind fast der einzige Hebel, um dem demografischen Trend zu trotzen und im Wettbewerb um Einwohner und Arbeitsplätze zu punkten. Aus diesem Blickwinkel spricht nichts für eine Anhebung, viel dagegen für eine Absenkung der Tarife.

f.werner@dewezet.de

Frage 31: Kommunale Steuern: Wird Ihre Partei versuchen, die letzte Gewersteuererhöhung rückgängig zu machen, bzw. setzen Sie sich für eine Reduzierung der Gewerbesteuern ein?

Ja:

CDU, Ja, wenn die Haushaltslage es zulässt. Oberstes Ziel dabei muss der Erhalt bestehender Arbeitsplätze sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze sein.

B90/Grüne, Wir fordern mittelfristig die Senkung der derzeit aus Gründen der Haushaltskonsolidierung und des Straßenerhaltungsprogramms notwendigen hohen Gewerbesteuer und Grundsteuer. Die Bürgerinnen und Unternehmen unserer Stadt brauchen eine verlässliche Steuerpolitik.

SPD, Die mittelfristige Finanzplanung sowie die anstehenden notwendigen Projekte lassen keinen Spielraum für entsprechende Wünsche. Eine einseitige Senkung der Gewerbesteuer für Unternehmen ohne eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürgern widerspricht zudem unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit.

✓ **FDP**

UFB, Kommt aber auf die Betriebe an. Wer sich vergrößern will und Arbeitsplätze schafft, muss entlastet werden.

✓ **FrWi**

DU, Ja, denn für den eigentlich Zweck, Straßensanierung ist sie ja erkennbar nicht verwendet worden

Nein:

✓ Die
LINKE
✓ Piraten

Frage 32: Haus der Wirtschaft: Wird Ihre Partei das Konzept des AdU für einen Neubau des „Hauses der Wirtschaft“ mit finanzieller Beteiligung der Stadt am Standort Cafe am Ring/Wienerwald unterstützen?



Frage 32: Haus der Wirtschaft: Wird Ihre Partei das Konzept des AdU für einen Neubau des „Hauses der Wirtschaft“ mit finanzieller Beteiligung der Stadt am Standort Cafe am Ring/Wienerwald unterstützen?

Ja:

CDU, Als „finanzielle Beteiligung“ bringt die Stadt lediglich das Grundstück in die zu gründende Gesellschaft mit ein.

✓ **FDP**

UFB, Nur nicht ausgerechnet im alten Cafe am Ring, aber z.B im Hause Mursch, gegenüber an der Deisterallee

Nein:

Die LINKE, *Siehe Berichterstattung der Dewezet vom 10.08.2016 oder unter www.dielinke-hameln.de*

✓ **Piraten**

✓ **FrWi**

DU, Haus der Wirtschaft ist in Ordnung, aber nicht an dieser Stelle. Hefehof, Linsingen Kaserne, Sparkassengebäude, da gibt es andere Möglichkeiten

Kein kreuz

B90/Grüne, Einer finanziellen Beteiligung der Stadt an gemeinsamen Gesellschaften mit Lobbyverbänden stehen wir kritisch gegenüber. Auf Grundlage des derzeitigen geringen Informationsstandes zum Konzept des AdU, Kreishandwerkerschaft und der Stadt Hameln, lässt sich die Frage noch nicht abschließend beantworten.

SPD, Eine Beteiligung der Stadt in Form der Einbringung des Grundstückes ist eine der möglichen Optionen. Die finanzielle Lage der Stadt lässt darüber hinausgehende finanzielle Beteiligungen nicht zu – außer diese werden durch Mieteinnahmen entsprechend refinanziert und verzinst. Aktuell liegen die dafür notwendigen Zahlen, Daten und Fakten für eine endgültige Entscheidung jedoch noch nicht vor.

Frage 33: Wirtschaftsförderung: Unterstützt Ihre Partei die Idee eines Zusammenschlusses der städtischen Wirtschaftsförderung mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises Hameln-Pyrmont?



Frage 33: Wirtschaftsförderung: Unterstützt Ihre Partei die Idee eines Zusammenschlusses der städtischen Wirtschaftsförderung mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises Hameln-Pyrmont?

Ja:

✓ B90/Grüne

Die LINKE, *Wir fordern außerdem eine Umstellung der kommunalen Wirtschaftsförderung auf sogenannte weiche Standortfaktoren.*

✓ Piraten

UFB, Das ist unser Motto ! Nur gemeinsam ist man stark

✓ DU

Nein:

✓ CDU

✓ FDP, Zusammenarbeit = ja, doch Hameln hat eigene Interessen. Darum sollte die Wirtschaftsförderung bei der Stadt bleiben.

✓ FrWi

Kein Kreuz

SPD, Wir sind gerne bereit die Vor- und Nachteile ergebnisoffen zu diskutieren. .

Frage 34: Kriminalprävention: Wird Ihre Partei die Arbeit des Kriminalpräventionsrates Hameln aktiv unterstützen?

Polizei registriert leichten Anstieg bei den Straftaten

Kriminalstatistik zeigt: Zahl der Brandstiftungen hat zugenommen

Hameln-Pyrmont. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der in den Landkreisen Hameln-Pyrmont/Holzminden verübten Straftaten zugenommen. Das zeigt die von der Polizeidirektion Hameln-Pyrmont/Holzminden vorgelegte Kriminalstatistik.

In 2014 wurden insgesamt 13 344 Fälle registriert. Das stellt im Vergleich zum Vorjahr (13 279 Fälle) einen leichten Anstieg dar. Im Landkreis Hameln-Pyrmont waren es 9677 Delikte (plus 94) und im Landkreis Holzminden 3667 Delikte (minus 29). Die Aufklärungsquote der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden beträgt über 68 Prozent (genau 68,05 Prozent). Erneut konnten somit mehr als zwei Drittel der im Zuständigkeitsbereich der Delinquen-



lich (2013: 68,57 Prozent). Der Rückgang der Fallzahlen in diesem Deliktsbereich bei gleichzeitig stabiler Aufklärungsquote folgt seit Jahren einem anhaltenden Trend und zeigt sich inspektionsweit, erfreulicherweise insbesondere auch im Bereich der Jugendkriminalität.

Der einfache Diebstahl ist weiterhin rückläufig. In 2014 war hier ein Rückgang um 68 Taten zu verzeichnen, sodass hier 2657 Fälle im Bereich des einfachen Diebstahls zu verzeichnen sind. Einen deutlichen Anstieg gab es 2014 im Bereich des schweren Ladendiebstahls. In diesem Deliktsfeld traten nach Auskunft der Polizei wiederholt reisende Täter beziehungsweise Banden auf.

Die Zahl der Wohnungsdiebstahl

Frage 34: Kriminalprävention: Wird Ihre Partei die Arbeit des Kriminalpräventionsrates Hameln aktiv unterstützen?

Ja:

- ✓ CDU
- ✓ B90/Grüne
- ✓ SPD
- ✓ FDP
- ✓ Die LINKE
- ✓ Piraten
- UFB, Sicherheit geht vor!
- ✓ FrWi
- ✓ DU

Nein:

niemand

Frage 35: Sicherheitsdienste: Unterstützt Ihre Partei den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum (z.B. Fußstreifen in der Fußgängerzone)?

Sicher ist sicher – Fahnder im Sondereinsatz

Bundes- und Landespolizei zeigen Präsenz / Spezialhubschrauber machen Luftbilder

VON ULRICH BEHMANN

Hameln. Sie tragen knallgelbe Jacken, ein Schlitz gibt den Blick auf ihre Dienstpistolen frei. Mit wachem Blick schauen sich die Kommissare Katja Lehmeier und Alexander Huer im Hamelner Bahnhof um. Wegen der aktuellen Terror-Warnung sind die Polizisten der Inspektion Hameln/Holz-minden noch aufmerksamer als sonst. Während ihrer Sonderstreife gucken sie sogar in die Abfalleimer. Huer strahlt den Inhalt mit einer Taschenlampe an. Könnte ja sein, dass sich darin etwas befindet, was Verdacht erregt. Eine akute Gefährdungslage, das wissen die Beamten, gibt es in Hameln zwar nicht, aber dennoch gilt: Sicher ist sicher.

„Das Ziel von Terroristen ist es, möglichst viele Menschen zu treffen. Insofern ist Hameln weniger gefährdet als eine Großstadt wie Hannover“, sagt



Sond
im H
Bahn
Kom
Katja
und
Huer
soga
Abfa
Man
nie v
Foto:

Frage 35: Sicherheitsdienste: Unterstützt Ihre Partei den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum (z.B. Fußstreifen in der Fußgängerzone)?

Nein:

CDU, Wir fordern den Einsatz von mehr Polizeibeamten an Brennpunkten und eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes in der Innenstadt.

B90/Grüne und **Piraten**

Ja:
niemand

✓ **SPD**, Die rot/grüne Landesregierung stärkt aktuell, trotz der finanziell schwierigen Situation in Niedersachsen, unsere Polizistinnen und Polizisten. Die öffentliche Sicherheit ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe.

✓ **FDP**, Nur bei besonderen, großen Veranstaltungen.

Die LINKE, Die Polizei muss personell wieder besser aufgestellt werden. Private Sicherheitsdienste können die Präsenz von Ordnungshütern nicht ersetzen.

ÜFB

, Aber nur, wenn die Polizei personell und instrumentell aufgerüstet/verstärkt wird. Und, das ist besonders wichtig, wenn man den Hinweisen aus der Bevölkerung stärker und direkter nachkommt. Wenn man bekannte Gefahren abwehrt und nicht nur beobachtet. Sonst ist Bürgerselbsthilfe unumgänglich.

• **FrWi**

DU, Wenn die dafür Kräfte der öffentlichen Hand (Polizei, Ordnungsamt) nicht ausreichen, müssen sie verstärkt werden. Eine Vergabe ist aber denkbar, wenn dies wirtschaftlicher ist und sie an zertifizierte Sicherheitsdienste erfolgt, diese Befugnisse wie Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben und optisch erkennbar sind. Das kann beitragen, selbsternannte „Bürgerwehren“ zu verhindern.

Frage 36: Sozial Schwache: Fördert die Stadt Hameln Ihrer Ansicht nach derzeit sozial Schwache (Wohnungs- oder Arbeitslose, Geflüchtete, ...) in ausreichendem Maße?



Frage 36: Sozial Schwache: Fördert die Stadt Hameln Ihrer Ansicht nach derzeit sozial Schwache (Wohnungs- oder Arbeitslose, Geflüchtete, ...) in ausreichendem Maße?

Ja:

✓ CDU und FDP

UFB, Aber auch hier, wie bei der Polizei muss zumindest personell kräftig aufgestockt werden, damit die Aufgaben zeitnah bewältigt werden können. Jemand der bereits verhungert ist, braucht keine Unterstützung mehr.

✓ FrWi und

DU

Nein:

SPD, Wir werden die Situation finanziell schwacher Menschen beispielsweise durch die Einführung einer Kita-Sozialstaffel und die bereits beschlossenen Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaues im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten weiter stärken.

Die LINKE, *Bei dieser Frage ist eigentlich eine differenzierte Antwort nötig. Ja oder Nein ist zu kurz gegriffen.*

Bei der Personengruppe der Geflüchteten wurde in den letzten 1 ½ Jahren eine Menge bewegt. Aber der Soziale Wohnungsbau ist in den letzten Jahrzehnte nahezu ausgestorben. Dieses trifft vor allem Menschen im Hartz-IV-Bezug und junge Erwachsene, sowie Menschen die von Altersarmut bedroht sind. Auch beim Thema Wohnungslose ist noch viel zu tun.

✓ Piraten

Kein Kreuz:

B90/Grüne, Diese Frage greift zu kurz und fasst viele große und wichtige Themenfelder zusammen, die man nicht pauschal mit ja oder nein beantworten kann. Im Bereich der Geflüchteten zeigt sich die Stadt engagiert und hat über ihre Einrichtungen wie das FiZ einen engen Draht zu den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen, die die volle Unterstützung der Stadtverwaltung benötigen und auch bekommen. Wir Grüne wollen Hamelner Projekte der öffentlich geförderten Beschäftigung. Die aktuelle Unterstützung von Langzeitarbeitslosen durch die Stadt ist unzureichend. Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, der Impuls gGmbH und dem Landkreis wollen wir intensivieren. Ebenfalls fordern wir die Schließung der Unterbringungseinrichtung für Wohnungslose in Tündern und eine menschengerechte, stadtnahe Unterbringungseinrichtung.

Frage 37: Nennen Sie die darüber hinaus gehenden wichtigen Stichworte Ihrer Partei zum Themenfeld Arbeit/Wirtschaft/Sicherheit:



Frage 37: Nennen Sie die darüber hinaus gehenden wichtigen Stichworte Ihrer Partei zum Themenfeld Arbeit/Wirtschaft/Sicherheit:

CDU, Schaffung neuer Stellen bei der Polizei (Landesaufgabe), entschiedeneres Vorgehen gegen Hausieren und aggressives Betteln in der Fußgängerzone, vermehrte Aufstellung von Hundekotbeutel Spendern in der Kernstadt und den Ortschaften

B90/Grüne, Wir Grüne wollen Mehrausgaben z.B. im Bereich der Gemeinwesenarbeit, Soziokultur oder von Beschäftigungsprojekten auf dem zweiten Arbeitsmarkt - alles unter dem Leitmotiv „Prävention und Integration“, denn dies spart langfristig. Die Beauftragung regionaler Unternehmen mit regulären Beschäftigungsverhältnissen entsprechend der Niedersächsischen Vergabegesetzgebung, um die regionale Wertschöpfung zu unterstützen. Förderung erfolgsversprechender Start-Ups und innovativer Unternehmen. Eine Offensive für intelligente und kreative Arbeits- und Teilzeitregelungen in der Stadtverwaltung und in den Betrieben mit städtischer Anteilsmehrheit.

SPD, eine bessere Vermarktung der vorhandenen Gewerbeflächen sowie die bedarfsgerechte Ausweisung neuer, attraktiver Flächen für Unternehmen (auch im Rahmen des Britenwegzuges) • die gemeinsame Entwicklung von sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen von Stadt und Wirtschaft, wie den Breitbandausbau • eine effektivere Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung, insbesondere durch Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und einem vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebot • neue Programme und Anreize, um die Wachstumsmöglichkeiten im Gesundheitsbereich durch die Ansiedlung neuer Facharztpraxen besser zu nutzen und damit nicht nur neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern gleichzeitig die Gesundheitsversorgung zu verbessern • dass sich die städtischen Unternehmen ihrer Vorbildfunktion als Arbeitgeber bewusst werden und diese aktiv wahrnehmen • Stärkung des heimischen Handwerks durch den Verzicht auf Generalunternehmer bei der Ausschreibung von städtischen Bauvorhaben

Frage 37: Nennen Sie die darüber hinaus gehenden wichtigen Stichworte Ihrer Partei zum Themenfeld Arbeit/Wirtschaft/Sicherheit:

Die LINKE, Keine Vergabe von Leiharbeit durch die Öffentliche Hand • Re-Kommunalisierung von outgesourcten Tätigkeiten in die öffentliche Hand. • Inklusiv Betriebe fördern. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Initiative Samocca, die als integrative / Inklusions Kaffeerösterei einen Café-Betrieb an vielen Standorten in Deutschland betreibt. Die heimische Wirtschaft muss ebenfalls ihren Teil zur Integration der Geflüchteten beitragen. Ein Ausbildungsprojekt ist erstrebenswert, um das Potential der zu uns gekommenen Menschen zu nutzen.

Piraten, Startups fördern durch Lotsenservice. Einführung Gewerbesteuerkataster, Unterstützung von Integrationsfirmen, keine verstärkte Kameraüberwachung (subjektive Sicherheit) dafür Stärkung Polizeipräsenz und Prävention

UFB, Alleinreisende junge Männer, ohne soziale Bindungen bringen eine Vielzahl von Problemen mit sich. Die haben zunächst nichts mit ihrer Herkunft zu tun, sondern einfach nur damit, dass sie junge Männer sind. Statt ihrer hätte man Kinder vor dem Sterben retten sollen und aufnehmen, Familien mit Kindern, oder Elternteile mit Kindern. Das sind die Opfer des Krieges und die sind vor dem Terror geflüchtet. Alleinreisende junge Männer könnten ihn mit sich führen.

FrWi, zu Frage 29: wir können das nur einfordern, aber nicht sicherstellen bzw. dafür „sorgen“, da hier vor allem Ausschreibungsverfahren zu beachten sind. Hinsichtlich des Schulzentrums Nord möchten wir deshalb auch keinen Generalunternehmer.

- zu Frage 31: wir möchten eine Reduzierung des Gewerbesteuerersatzes auf 380%
- zu Frage 35: wir ziehen Bürgerstreifen in Betracht, denn wir halten z.B. die Situation in der Fußgängerzone mit „Radfahrowdies“ zwischen 10 und 20 Uhr für unerträglich.
- Außerdem wünschen wir uns wie schon während unseres Bürgerbegehrens zur Fußgängerzone Hameln und im Kommunalwahlkampf 2011 gefordert nach wie vor ein DNA-Zentralregister für Hunde, um die (wenigen) Hundehalter zur Verantwortung ziehen zu können, die die Hinterlassenschaften ihrer Hunde nicht wegräumen.